

Kosovo-Kriegsflüchtlingen wurden – nur vorübergehend – die Türen geöffnet. Die Erfahrungen zeigen: Deutschland hätte die Möglichkeiten zu einer großzügigen, dauerhaften Flüchtlingsaufnahme.

Ende 2008 beschloss die Bundesregierung nach viel zu langer Diskussion die Aufnahme von 2.500 Irakflüchtlingen aus Syrien und Jordanien. Dies war Rettung aus der Not für die Aufgenommenen, zahlenmäßig aber – angesichts der irakischen Flüchtlingskrise, die zeitweise über eine Million Menschen allein in Syrien betraf – nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Situation dort ist bis heute kritisch. Auch wäre die beherzte Aufnahme von 8.000 Schutzbedürftigen aus dem libysch-tunesischen Grenzgebiet heute eine vergleichsweise kleine Herausforderung für Deutschland und erst recht für Europa. Doch das politische Werben dafür ist mühsam. Hätte Deutschland ein Resettlementprogramm, könnte die Aufnahme von Schutzbedürftigen aus der nordafrikanischen Krise dank der dann vorhandenen Mechanismen wohl zügig beschlossen und umgesetzt werden.

Deutschlands Städte sagen ja!

Mit der Kampagne Save-me – Eine Stadt sagt ja! werben Initiativen in über 50 deutschen Städten für die Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort – mit großem Erfolg: 40 Städte haben bisher ihre Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme erklärt, darunter die Landeshauptstädte Düsseldorf, Erfurt, Hannover, Mainz, Kiel, München und Schwerin, außerdem die Länder Berlin, Bremen, NRW und Schleswig-Holstein. Tausende unterstützen die Save-me-Kampagne im Internet mit ihrer Person und ihrem Namen.

Machen Sie mit!

Schließen Sie sich der Save-me-Kampagne in Ihrer Stadt an! Oder unterstützen Sie die Kampagne mit Ihrem Namen unter www.save-me-kampagne.de.

Dort finden Sie auch weitere Informationen und Links zu allen lokalen Save-me-Initiativen.

www.save-me-kampagne.de

save me
flüchtlinge aufnehmen!



Resettlement: für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland

Herausgeber:

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069/23 06 88
Fax: 069/23 06 50

Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Veröffentlicht im August 2011

Spendenkonto:
Konto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

Überreicht von:

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.

www.save-me-kampagne.de



»Wir sind im Hafen von Tripolis los, wir waren 820 Menschen. 700 Menschen sind gestorben ... Ich hab an diesem Tag viel geweint. Das war mein zweiter Versuch ... Ja, wir können nicht hier in der Wüste leben. Wir warten, bis das Wetter gut wird, dann versuchen wir es nochmal.«



»Was, wenn es hier Feuerngefechte gibt? Wir sind unbewaffnet, wir haben gar nichts. Unser Leben ist hier in Gefahr ... Das einzige was wir noch hoffen: Die UN möge unsere Lage hier berücksichtigen und uns zu einem besseren Ort bringen.«



»Es ist kalt, überall gibt es Krankheiten, wir sind erschöpft. Wir haben noch nicht einmal ein paar Cent, um Wasser zu kaufen ... Wie auch immer sie uns hier herausholen, sie sollen es endlich tun. Das ist es, worum ich die Europäer anflehe.«

Flüchtlinge im Lager Choucha, nahe der tunesisch-libyschen Grenze, im Frühsommer 2011

Zu Beginn des Jahres 2011 treibt der Krieg in Libyen hunderttausende Menschen in die Flucht. Die wenigsten von ihnen gelangen nach Europa. Es sind die Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten, die selbst in schwieriger Lage, den größten Teil von ihnen aufnehmen. Vor allem Menschen aus Krisenstaaten wie Somalia oder Eritrea finden keine Sicherheit. Allein im Lager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze sitzen mehr als 4.000 Flüchtlinge fest. Für zunächst insgesamt 8.000 Menschen hält das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) eine Aufnahme in Drittstaaten für dringend notwendig.

UNHCR bittet die EU-Staaten mehrfach um Aufnahme dieser Menschen, aber die meisten EU-Staaten, allen voran die deutsche Bundesregierung, lehnen ab.

In Deutschland setzt sich die Save-me-Kampagne für die Aufnahme von Flüchtlingen ein. Im Bündnis mit PROASYL, Amnesty International, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Rechtsanwalts- und Richtervereinigungen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen fordern wir: Deutschland sollte Verantwortung übernehmen und Flüchtlinge aus Not und Perspektivlosigkeit herausholen – in der akuten Krise, aber auch systematisch. Jedes Jahr sollte Deutschland ein Kontingent an Flüchtlingen aus Erstzufluchtsstaaten aufnehmen und integrieren. Platz für Flüchtlinge ist da, die organisatorischen Möglichkeiten und rechtlichen Voraussetzungen sind vorhanden.

Warum Flüchtlinge aufnehmen?

Wie derzeit in Libyen zwingen weltweit immer wieder Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte viele tausend Menschen zur Flucht. Die allermeisten bleiben in der Region und wollen lieber heute als morgen wieder zurückkehren. Wenn dies aber nicht möglich ist und die Nachbarstaaten mit der Aufnahme zehner- oder gar hunderttausender Menschen überfordert sind, bleiben manche Flüchtlingsgruppen lange Zeit in Auffanglagern, wo sie nur notdürftig versorgt werden. Nicht selten warten sie dort jahrelang vergebens darauf, in ihr Herkunftsland zurückkehren zu können. So ergeht es zahlreichen afghanischen Flüchtlingen im Iran und in Pakistan, iranischen Flüchtlingen in der Türkei, somalischen Flüchtlingen im Lager Dadaab (Kenia) und anderen. Für sie ist die Neuansiedlung in einem aufnahmebereiten Land der einzige Ausweg. Die aktuelle, dramatische Hungerkatastrophe am Horn von Afrika trifft in Dadaab auf eine Dauerkrise. Das größte Flüchtlingslager der Welt wächst, eine wirkliche Lösung für die Dauerflüchtlinge scheint ferner denn je. Eine organisierte Aufnahme durch die reichen Staaten könnte den Schwächsten unter den Flüchtlin-

gen, wie Kindern, Kranken und alleinstehenden Frauen, einen sicheren Zugangsweg, dauerhaft Schutz und Sicherheit und damit die Chance auf ein normales Leben bieten.

Resettlement: Organisierte Flüchtlingspolitik

Im Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen vermittelt UNHCR schutzbedürftige Flüchtlinge aus den Erstzufluchtsstaaten an aufnahmebereite Länder, in denen die Betroffenen dauerhaft Sicherheit finden. Dieses »Neuansiedlung« oder »Resettlement« genannte Verfahren wird teils seit Jahrzehnten von Staaten wie den USA, Kanada, Schweden, Norwegen und anderen durchgeführt. Deutschland beteiligt sich daran bislang nicht.

2010 wurden mit UNHCR-Hilfe rund 73.000 Flüchtlinge in 28 Drittstaaten neu angesiedelt, davon allein 54.000 in den USA. Die europäischen Staaten übernahmen mit rund 6.000 Aufnahmen im Jahr 2010 nur etwa 8 % davon. UNHCR hält eine Ausweitung der Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich. 2012 will das Flüchtlingshilfswerk 172.000 Flüchtlinge an Drittstaaten vermitteln. Für die kommenden Jahre schätzt UNHCR die Zahl notwendiger Resettlementplätze auf insgesamt 780.000. Um solchen Erfordernissen gerecht zu werden, muss Europa, muss insbesondere auch Deutschland, mehr tun.

Machbar: Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

Die Bundesrepublik hat im Laufe ihrer Geschichte mehrfach große Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen: Rund 26.000 vietnamesische Boatpeople ab Ende der 1970er Jahre, ab 1991 etwa 150.000 Jüdinnen und Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Über 300.000 bosnischen und 20.000